



Interviews

Datum: 20. Juni 2024

Johannes Kuhn im Gespräch mit Sahra Wagenknecht, Vorsitzende des BSW

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.

Kuhn: Am Mikrofon ist Johannes Kuhn. In unserem Hauptstadtstudio haben wir heute die Namensgeberin und Co-Vorsitzende des Bündnis Sahra Wagenknecht, Sahra Wagenknecht, hallo.

Wagenknecht: Hallo, ich grüße Sie.

Kuhn: Ja, schön, dass Sie da sind. Ihre Partei, im Januar gegründet, 6,2 Prozent bei den Europawahlen. Bevor wir über Ihre Partei im Allgemeinen sprechen, vielleicht etwas, das etwas dringender ist, nämlich Sie schicken jetzt sechs Abgeordnete nach Brüssel. Das ist ja noch keine Fraktion. Dafür braucht es 23 Abgeordnete aus sechs Ländern, bislang. Und die Frist läuft am nächsten Donnerstag aus. Hat das Bündnis Sahra Wagenknecht noch keine Fraktion gemeldet oder sich noch zu keiner Fraktion bekannt? Wird da noch was passieren? Wie sieht es aus? Es wurde ja zum Beispiel darüber gesprochen, dass Sie mit den Cinque Stelle aus Italien gemeinsam was gerne machen würden.

Wagenknecht: Also wir führen Gespräche. Also Fabio de Masi führt die Gespräche hauptsächlich. Er ist ja auch relativ gut vernetzt in Europa. Es gibt auf jeden Fall Interesse bei verschiedenen Parteien oder Delegationen, so heißt das ja dort, im Europaparlament, mit uns eine Fraktion zu bilden. Aber die Hürden sind relativ hoch. Also man braucht sieben Länder meines Wissens, 23 Abgeordnete. Es ist noch nicht klar, ob wir es schaffen. Also, ich würde sagen fifty-fifty. Ich hoffe es sehr, weil natürlich man bessere Arbeitsbedingungen hat, wenn man eine Fraktion hat.

Kuhn: Also alles ist noch ein bisschen im Schwung, was ja ganz gut zu diesem Jahr passt. Sie haben die Partei gegründet. Jetzt ist der Europawahlkampf vorbei. In den Umfragen für die Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen liegen Sie so zwischen zehn und 20 Prozent. Gleichzeitig haben Sie aber bisher nur knapp 700 Mitglieder, weil Sie ja eine Auswahl treffen noch, wer da reinkommt. Vielleicht

nehmen Sie uns mal mit. Wie sieht das Bündnis Sahra Wagenknecht am Ende des Jahres aus, in Sachen Mitgliederzahl, in Sachen Landesverbänden, ja, auch in Sachen Organisation insgesamt?

Wagenknecht: Also wir wachsen natürlich in der Mitgliederzahl. Aber wir wachsen langsam und kontrolliert, weil wir einfach gesehen haben, wie andere junge Parteien sich relativ schnell zerlegt haben, wenn sie sehr viele Menschen aufnehmen. Es ist eben so, dass wir auf der einen Seite natürlich viele engagierte, konstruktive, ehrliche Mitstreiter haben, die sich zurzeit als Unterstützer engagieren. Wir haben 25.000 Unterstützer. Die haben auch unseren Wahlkampf getragen, den Europawahlkampf. Und natürlich möchten wir diejenigen der Unterstützer, die wirklich uns auch helfen mit ihrer Kompetenz und mit ihren Beiträgen, auch in die Partei holen. Aber wir müssen die Menschen vorher kennenlernen, denn natürlich ziehen junge Parteien auch Leute an, die einfach nur ein Mandat haben wollen, die teilweise auch, ja, schwierige Charaktere haben. Wir haben es bei anderen Parteien. Schauen Sie sich an, wie die Piraten oder die Basis, wie schnell dort die Landesverbände auch wieder kaputt gegangen sind, weil es Kämpfe und Streitereien gab. Das versuchen wir zumindest in engen Grenzen zu halten, weil ich finde, wir sind es unseren Wählerinnen und Wählern und den vielen Menschen, die Hoffnung in dieses neue Projekt setzen, wirklich schuldig, dass sich das nicht an persönlichen Streitereien zerlegt. Und deswegen sind wir da sehr streng mit der Aufnahme.

Kuhn: Wie läuft es denn konkret? Also, sagen wir mal, ich würde mich bewerben, sage, keine Waffenlieferungen an die Ukraine, super, Migrationspolitik sehr gut, aber ich habe zum Beispiel keine Lust auf die Reichensteuer oder umgekehrt. Ich mag die Reichensteuer, bin auch mit der Migrationspolitik zufrieden, aber sage, na ja, die Ukraine, Waffen zur Verteidigung sollte sie schon liefern lassen von Deutschland. Wann würde ich reinkommen und wann nicht?

Wagenknecht: Also zunächst mal, wir haben ja ein Gründungsmanifest. Das ist ja unser derzeitiges Parteiprogramm. Das hat vier Schwerpunkte. Und im Kern sollte man die schon teilen. Also wir sind eine Partei, die sich für mehr sozialen Ausgleich, soziale Gerechtigkeit engagiert, also bessere Löhne, gute Renten, eine gerechtere Besteuerung, also dass vor allem zum Beispiel Kapitaleinkommen höher besteuert werden als Arbeitseinkommen. Das ist schon für uns ganz elementar. Wir sind außerdem eine Partei, die sagt, wir stehen für wirtschaftliche Vernunft, wir müssen weg von einer völlig irren Energiepolitik, die unsere Wirtschaft ruiniert, die aber auch die Industrie aus dem Land treibt. Wir brauchen eine bessere Bildungspolitik. Dann ist natürlich ein sehr wichtiger Faktor für uns tatsächlich, das Engagement für Frieden

und die diplomatische Lösung von Konflikten. Diese Kernpositionen, die sollte man schon teilen, wenn man sich bei uns engagiert, zumindest als Mitglied. Wenn wir jetzt nicht darauf achten, dass unsere Kerninhalte auch wirklich unterstützt werden, dann ist ja bei so einer kleinen Partei die Gefahr gegeben, dass sie sich inhaltlich völlig verändert, also dass eben zum Beispiel in einem wichtigen Punkt, der auch viele von unseren Wählern, glaube ich, bewegt, die Friedenspolitik, dass dann irgendwann eine Mehrheit in der Partei eine andere Position hätte. Und ich finde, das sollten wir schon unbedingt vermeiden, weil ...

Kuhn: Wie lange wollen Sie das denn beibehalten? Ist das was, was Sie sagen, das machen wir jetzt vielleicht bis zur Bundestagswahl? Also so eine Partei soll ja auch kein Eigenleben entwickeln, aber tatsächlich ein Innenleben, dass man über Punkte streitet etc., dass vielleicht auch nicht mehr so viel von Ihnen und dem Vorstand vorgegeben und entschieden werden muss. Wie stellen Sie sich das vor? Wie lange soll das so bleiben?

Wagenknecht: Also, dass wir langsam wachsen, müssen wir noch über einen längeren Zeitraum so aufrechterhalten, weil ich habe ja gesagt, 25.000 Unterstützer, 700 Mitglieder. Wenn wir jetzt sagen, wir nehmen die 25.000 auf, haben wir zunächst mal ja gar keine Kontrolle, was ist das dann eigentlich für eine Partei. Also zum Beispiel die AfD hat sich ja sehr stark verändert. Die Gründer sind irgendwann ausgetreten, weil sie gesagt haben, das ist eine Partei, das wollten wir nicht. Das war nicht das, wofür wir dieses Projekt auf den Weg gebracht haben. Und ich stehe ja auch mit meinem Namen für die Partei. Ich möchte schon, dass die Wähler verlässlich wissen, wenn sie Bündnis Sahra Wagenknecht wählen, dann wählen sie die Politik von Sahra Wagenknecht. Das müssen wir gewährleisten. Aber wir müssen jetzt natürlich ... wir haben jetzt angefangen, Expertenräte zu gründen, um unsere Position zu konkretisieren. Also zum Beispiel im Juli wird einer starten, ein Expertenrat Klima und Energiepolitik, wo wir dann eben wirklich auch mehr im Detail ein energiepolitisches Konzept entwickeln und sagen, das ist unsere Energiepolitik, so stellen wir uns die Energieversorgung mit auch preiswerter Energie in Deutschland in Zukunft ... also hier werden natürlich Positionen konkreter. Wir haben ja bisher nur ein relativ kurzes Programm.

Kuhn: Wird das Ganze dann noch vor der Bundestagswahl in dem Sinne konkret, dass es ein Parteiprogramm gibt?

Wagenknecht: Also es muss zur Bundestagswahl natürlich ein relativ detailliertes Wahlprogramm geben. Das Parteiprogramm ...

Kuhn: Ja, ist ja was anderes als ein Parteiprogramm, das ja darüber hinaus wirken soll.

Wagenknecht: Ja, also das Parteiprogramm werden wir nach der Bundestagswahl erst im Detail ausarbeiten. Wie gesagt, wir haben ein Programm, aber das ist die grobe Richtung, wo wir hin wollen. Das, denke ich, ist auch für die Menschen schon mal eine sehr deutliche Antwort, wie wir uns vorstellen, wie wir unser Land verbessern, verändern wollen, wie wir vor allem verhindern wollen, dass Deutschland absteigt, dass wir unsere Industrie verlieren. Wir haben detaillierte Wahlprogramme in den drei Bundesländern jetzt, wo Landtagswahlen sind. Da sagen wir auch auf Landesebene, was wir ändern wollen, in der Bildungspolitik zum Beispiel, wie wir auch Bildungslehrpläne ändern wollen, wie wir zum Beispiel auch bei der Digitalisierung sehr skeptisch sind. Also wir sagen ja, mindestens bis zur vierten Klasse iPhones und Tablets raus aus der Schule. Also wir haben da schon sehr konkrete Vorstellungen auch auf landespolitischer Ebene.

Kuhn: Aber Sie könnten natürlich schon gefragt sein, wenn es darum geht, eine Regierung zu bilden. Die anstehenden Landtagswahlen, das sind ja sehr unklare Verhältnisse, womöglich auch Mehrheitsverhältnisse, die es vielleicht nötig machen, dass Sie in die Regierung einsteigen. Vielleicht, Sie haben es ja schon gesagt, so was wie Bildung. Wo sind denn da bei Ihnen die roten Linien auf Landesebene? Zum Beispiel in Bildung, wenn ich mir die anderen Parteien angucke, dann sehe ich vor allem Digitalisierung in der Bildung ausbauen, auch in der Schulbildung. Das ist ja was, wo Sie sagen, nein, erst mal einen Schritt zurück.

Wagenknecht: Ja, das wäre für uns auch ein No-go. Also ich glaube, dass viele Studien belegen, auch die Erfahrungen anderer Länder, also zum Beispiel Dänemark, Schweden haben ja zunächst mal sehr, sehr stark auf die Digitalisierung der Schulen gesetzt und haben jetzt eine 180-Grad-Kehrtwende gemacht, haben weitgehend das zurück gedämmt und sagen, Kinder brauchen Lehrer, Kinder brauchen persönliche Wissensvermittlung. Die Digitalisierung, das war eher ein Lobby-Projekt der großen Digitalwirtschaft und es erschwert den Wissenserwerb. Also, wenn man lesen lernen will, muss man Bücher lesen und nicht am Tablet lesen. Also da wollen wir auf jeden Fall eine Kehrtwende, eine deutlich andere Entwicklung. Wenn man sagt, quasi weniger Digitalisierung, heißt das aber auch natürlich mehr Lehrer. Und das ist zum Beispiel in Thüringen ein ganz akutes Problem. Da gibt es ja sogar offene Stellen. Die können nicht besetzt werden, weil die Bedingungen relativ schlecht sind. Wir sagen auch, wir müssen gucken auch, was vor der Schule passiert. Dass Kinder wirklich bei

der Einschulung definitiv Deutsch können und das nicht mehr den Lehrern obliegt, das zu vermitteln.

Kuhn: Das wäre ja eine Gemeinsamkeit zum Beispiel mit der CDU. CDU ist ja ein bisschen heikel, das Verhältnis, würde ich sagen. Herr Merz hat sich ja sehr ablehnend über eine Koalition mit Ihnen oder eine Zusammenarbeit geäußert. Dann gab es da aus der CDU in den Bundesländern, in denen gewählt wird, etwas Gegenwind. Jetzt heißt es, nur noch auf Bundesebene hält er Sie nicht für geeignet, unter anderem wegen den Positionen in der Außenpolitik. Beschreiben Sie doch mal, wie Sie das Verhältnis zur CDU sehen und was Sie sich vorstellen könnten – in den Ländern, aber vielleicht auch im Bund.

Wagenknecht: Also ich fand schon bemerkenswert, wie schnell und wie vehement Herr Merz zurückgepiffen wurde aus den Landesverbänden, weil natürlich seine Äußerungen zu uns, also sowohl inhaltlich als auch politstrategisch, völlig deplatziert waren. Also er hat uns ja irgendwie als Extremisten beschimpft. Da würde ich ihm wirklich raten, mal meine Bücher zu lesen oder eben auch unser Gründungsmanifest. Aber mein Eindruck ist, dass diejenigen, die in den Ländern agieren, Herr Kretschmer oder auch Herr Voigt, dass sie deutlich pragmatischer sind. Natürlich werden wir uns nicht der CDU an den Hals werfen in den Ländern und um jeden Preis mit ihr regieren. Also es wird schon so sein, wir werden ganz klare Bedingungen stellen. Es muss sich für die Menschen etwas verbessern. Gerade im Osten haben ja auch viele Menschen ohnehin schon geringere Einkommen als im Westen und sie haben jetzt in den letzten Jahren noch mal an Kaufkraft verloren, bei Löhnen und bei Renten. Und sie erwarten, dass die Politik ihr Leben verbessert. Natürlich erwarten sie kein Wunder. Es gibt natürlich auch Dinge, die man nur auf Bundesebene regeln kann, aber dass es für sie leichter wird, dass tatsächlich auch über Bundesratsinitiativen Dinge verändert werden. Zum Beispiel ist eine Forderung von uns, Renten bis 2.000 Euro von der Steuer freizustellen. Das kann man nicht in Thüringen beschließen, aber man kann es über den Bundesrat initiieren und auf den Weg bringen. Das sind schon Dinge, die uns sehr, sehr wichtig sind.

Kuhn: Ein Punkt, der in Ihrer Partei für Diskussionen sorgt jetzt im Saarland, ist der Umgang mit der AfD. Der saarländische Landesverband, glaube ich, der einzige Westverband bislang, 30 Mitglieder, schon der Rücktritt eines Co-Vorsitzenden, weil Frau Schramm, die Co-Vorsitzende, gesagt hat, in den Kommunen Zusammenarbeit mit der AfD muss da vor Ort entschieden werden. Dann ist Ihr Co-Vorsitzende Herr Jobst zurückgetreten, es ist glaube ich, noch jemand aus dem Vorstand rausgegan-

gen. Vielleicht, weil es da Unklarheiten gab, lassen Sie es uns vielleicht mal durchgehen. Stichwort Zusammenarbeit oder gemeinsame Abstimmung mit der AfD. Wo kann das stattfinden, wo nicht? Also fangen wir zum Beispiel mal an, Koalition mit der AfD. Komplett ausgeschlossen?

Wagenknecht: Ja, natürlich, weil wir auch inhaltlich weit auseinander sind. Also man muss sich einfach mal das Programm der AfD anschauen. Wirtschaftspolitisch, sozialpolitisch sind die koalitionsfähig mit der CDU oder mit der FDP, aber nicht mit uns, weil sie tatsächlich zum Beispiel, als wir im Bundestag einen Antrag eingebracht haben, den Mindestlohn auf 14 Euro zu erhöhen, hat auch die AfD dagegen gestimmt, genauso wie alle anderen Fraktionen. Also da gibt es gar nicht so viel Übereinstimmungen. Das Einzige ...

Kuhn: Was ist zum Beispiel mit einer Duldung? Könnte ja in Sachsen zum Beispiel der Fall sein, wenn es ein Dreierparlament gibt und es gibt Gespräche zwischen Ihnen und der CDU und die verlaufen nicht gut, dann sagt die AfD, gut, dann machen wir es. Wie wäre es mit einer Duldung? Wäre so was ...

Wagenknecht: Also, wir werden sicherlich keinen AfD-Ministerpräsidenten ins Amt hieven, zumal die Ostverbände wirklich auch das Problem haben, dass sie in besonderer Weise einen starken rechtsextremen Flügel haben, oft auch die Spitzen. Ich meine, Herr Höcke ist nun jemand, der uns erklärt, dass man bei Hitler nicht das absolut Böse sehen sollte. Das sind keine Menschen, mit denen man seriös eine Regierung bilden kann, um Gottes willen. Und das werden wir auch nicht tun. Trotzdem muss man natürlich sehen, diese Hysterie im Umgang mit der AfD oder auch diese Strategie, die andere Parteien in den letzten Jahren immer praktiziert haben, jeden Antrag abzulehnen, nur, weil er von der AfD kommt, egal, was drinsteht, das hat die AfD nur stärker gemacht. Und wir haben sehr klar gesagt, wir werden Anträge immer danach bewerten, ob wir den Inhalt teilen oder nicht.

Kuhn: Was heißt das denn zum Beispiel? Jetzt nehmen wir an, AfD-Bundestagsfraktion sagt, Antrag Waffenstillstand in der Ukraine jetzt, würden Sie da zustimmen?

Wagenknecht: Na ja, den Waffenstillstand können wir im Bundestag nicht beschließen. Aber zum Beispiel gab es einen Antrag – oder ich glaube, der ist auch noch im laufenden Verfahren –, dass der Bundestag über Waffenlieferungen an die Ukraine entscheidet und nicht mehr die Regierung. Also zum Beispiel, wenn noch mal die Debatte mit Taurus-Raketen aufkommt, müsste der Bundestag das entscheiden. Das halten wir für richtig. Und sollte dieser Antrag zur Abstimmung kommen, werden wir

ihn uns natürlich ansehen, was da sonst noch drinsteht. Aber wir werden nicht reflexartig dagegen stimmen. Das wäre einfach unsinnig. Und auf kommunaler Ebene geht es ja oft um ganz banale Dinge. Da geht es darum, ob eine Ampel an einem ... meinetwegen an einem Schulweg errichtet wird. Ja, sollen wir da dagegen stimmen, nur, weil es von der AfD kommt? Oder es gab ja auch in Landesparlamenten schon oft Debatten über zum Beispiel die Schließung von Krankenhäusern. Wenn da ein Antrag kommt, ein Krankenhaus nicht zu schließen und man stimmt dagegen, weil er von der AfD kommt, isoliert man sich. Die Menschen verstehen das auch nicht und man lässt damit der AfD die Hoheit, wichtige Themen zu besetzen. Ich halte das für falsch. Deswegen werden wir sachlich und an den Inhalten orientiert entscheiden, nicht nach dem Absender.

Kuhn: Sie hören das Interview der Woche im Deutschlandfunk. Zu Gast ist Sahra Wagenknecht. Ukraine – ich habe es gerade mit dem Antrag ein bisschen angerissen. Sie sagen, die Ukraine kann so viel kämpfen, wie sie möchte, sie wird den Krieg nicht gewinnen. Es braucht Verhandlungen. Die Diskussion darüber und die Gegenargumente müssen wir nicht durchtanzen, können sich die Menschen in der Mediathek diverse Talkshow-Auftritte von Ihnen angucken, wo das schon diskutiert wurde. Lassen Sie uns mal darüber reden, wie Sie sich den Weg zu Friedensverhandlungen vorstellen. Sie sagen ja in Ihrem Europawahlprogramm, es müssen zwei Dinge passieren. Einmal soll Russland angeboten bekommen, wir, der Westen, die EU, liefern keine Waffen mehr an die Ukraine, wenn ihr und solange ihr am Verhandlungstisch seid. Gut für Russland, schlecht für die Ukraine. Bei der Ukraine sagen Sie, da gibt es kein Angebot, sondern man muss Druck aufbauen im Sinne von keine weiteren Hilfgelder, wenn ihr nicht an den Verhandlungstisch kommt. Auch wieder schlecht für die Ukraine, gut für Russland. Zuckerbrot für Russland, die Peitsche für die Ukraine? Also so klingt das ja.

Wagenknecht: Nein, wir sagen, beide Seiten müssen unter Druck gesetzt werden.

Kuhn: Aber für Russland ist es ja nur ein Angebot sozusagen. Wenn Herr Putin hört, ah, es gibt keine Waffen mehr, dann...

Wagenknecht: Ja, das Angebot, keine Waffen mehr zu liefern unter der Bedingung, dass die Waffen schweigen, dass es an der jetzigen Frontlinie ohne Vorbedingungen einen Waffenstillstand gibt. Putin hat gesagt, er will die gesamten Gebiete annektieren, also er hat die ja schon annektiert, aber die Ukraine soll sich weiter zurückziehen, damit die Waffen schweigen. Das finden wir nicht akzeptabel. Wir sagen an der

jetzigen Frontlinie. Die Ukraine sagt aber umgekehrt auch, sie will erst Friedensgespräche, wenn Russland sich komplett zurückgezogen hat, einschließlich von der Krim. Das ist einfach unrealistisch. Es wird dann keine Friedensgespräche geben, und ich finde, dass sowohl der ukrainische Präsident als auch wir als Westen als Waffenlieferanten eine Verantwortung dafür haben, dass dieses schreckliche Sterben, dieses Leid, diese Zerstörungen nicht ewig weitergehen. Und mir wird angst und bange, wenn ich höre, dass Herr Pistorius für 15 Milliarden Artilleriemunition bestellt, von der dann ein Großteil offenbar in die Ukraine geschickt werden soll. Ich meine, jede Granate tötet Menschen. Soll das wirklich noch zehn Jahre weitergehen? Herr Klingbeil hat gesagt, wir müssen noch zehn Jahre mindestens die Ukraine mit Waffen beliefern. Ich finde das zynisch.

Kuhn: Wenn wir nicht mehr liefern würden, dann würde ja sozusagen die Front aus ukrainischer Sicht zusammenbrechen.

Wagenknecht: Nein, die Frage ist ja, warum wir nicht anbieten, wenn die Waffen schweigen, dann liefern wir nicht mehr. Also wieso unterstützen wir nicht China oder Brasilien, die ja genau das fordern, einen Waffenstillstand an der jetzigen Frontlinie und dann den Beginn von Friedensverhandlungen. Das wäre ja im Grunde auch im Interesse der Ukraine, weil die Frontlinie verschiebt sich ja zulasten der Ukrainer. Also zu sagen, wir frieren erst einmal die Front ein, wäre im Grunde für die Ukraine besser, als wenn sie immer mehr in die Defensive gerät. Und sie hat ja ein akutes Problem, Soldaten zu rekrutieren. Das sehen wir ja. Und ich möchte nicht, dass die NATO immer stärker Teil dieses Krieges wird. Wir haben die Debatte schon über Bodentruppen. Und am Ende, wenn der Krieg noch lange weitergeht, wird es darauf hinauslaufen, dass die NATO in die Zwangslage kommt, entweder Bodentruppen zu entsenden oder zuzuschauen, dass die Ukraine diesen Krieg völlig verliert.

Kuhn: Lassen Sie uns kurz über das Istanbul-Kommuniqué sprechen. 2022 gab es, das war das letzte Mal, dass es direkte Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine gab - zum Thema Frieden direkt. Das war nicht so ganz klar damals, wie ernst es Russland meint. Das ist in Foreign Affairs und jetzt auch kürzlich in der New York Times ganz gut dokumentiert worden. Da ging es ja darum, man war ja schon an dem Punkt, wo man gesagt hat, die Ukraine hat angeboten, wir treten nicht der NATO bei, aber wir verlangen Sicherheitsgarantie. Also konkret, wenn Russland das Abkommen verletzt und wieder angreift, dann muss es eine Flugverbotszone geben, dann muss es Waffenlieferungen geben oder vielleicht sogar direkte Unterstützung

durch Soldaten. Und die Garantiemächte, da waren unter anderem die Türkei, Deutschland, Israel, Polen, Italien im Gespräch und die fünf ständigen Mitglieder im UN-Sicherheitsrat, was ja dazu geführt hätte, weil Russland Teil des UN-Sicherheitsrates ist, dass sozusagen Russland selber eine Garantiemacht gewesen wäre und damit akzeptiert hätte, wenn wir noch einmal angreifen und das verletzen, dann gibt es sozusagen einen Gegenwind, den wir sogar noch unterschrieben haben. Wäre das was, was aus Ihrer Sicht tragfähig wäre?

Wagenknecht: Also ich denke, dass die Verhandlungen damals auf einem sehr guten Weg waren. Das haben ja auch alle Kommentatoren damals so gesehen. Die New York Times hat ja die Dokumente noch einmal veröffentlicht. Natürlich war das noch nicht final alles abschlussbereit, aber es war immerhin schon ein Vertragsentwurf da. Und ja, natürlich braucht die Ukraine Sicherheitsgarantien. Umgekehrt ging es immer darum, dass Russland eben nicht wollte, dass die Ukraine ein militärischer Vorposten der Vereinigten Staaten wird, also eben mit Militärbasen, mit stationierten Soldaten, mit Spionagestützpunkten, also sprich eben nicht in die NATO aufgenommen wird. Und wenn im Gegenzug für einen Verzicht auf die NATO-Mitgliedschaft und dann bestimmte Sicherheitsgarantien erwartet werden, ist das nachvollziehbar, finde ich schon. Und ich finde, genau da, wo damals abgebrochen wurde und abgebrochen wurde leider von der Ukraine aus.

Kuhn: Abgebrochen wurde aber, weil Russland gesagt hat, gut, für diese Sicherheitsgarantien, da möchte man sich aber ein Veto ausbedingen. Das heißt quasi, Russland ist zwar mit am Tisch, aber kann dann sozusagen, wenn es darum geht, eine Reaktion zu zeigen, sagen, nein, wir müssen ja einstimmig sein, und wir sind dagegen. Also das ist ja eigentlich relativ klar.

Wagenknecht: Aber das war nicht der Grund für den Abbruch.

Kuhn: So war es in der New York Times zu lesen.

Wagenknecht: Also in der New York Times war erst einmal nur zu lesen, dass an dieser Frage noch etwas strittig war.

Kuhn: Es waren ja mehrere Sachen strittig, Territorien, Ausstattung der ukrainischen Armee etc.

Wagenknecht: Ja, es waren Sachen auch offen, aber abgebrochen wurden die Gespräche offiziell mit Verweis auf Butschka, und es gibt ja durchaus die Theorie, dass

auch von westlicher Seite das Interesse relativ begrenzt war mit einem solchen Friedensschluss, der dann eben bedeutet hätte, dass der Hauptzankapfel, nämlich eine NATO-Mitgliedschaft, ausgeräumt wäre, dass man das nicht wollte.

Kuhn: Da muss ich Sie kurz korrigieren. Das ist ja so, die Autoren des Foreign Policy-Stücks, das sind ja renommierte Politik- und Geschichtswissenschaftler, sagen wortwörtlich, die Behauptung, der Westen habe die Ukraine zum Rückzug aus den Gesprächen mit Russland gezwungen, ist unbegründet. Also das muss man vielleicht noch einmal klarstellen.

Wagenknecht: Gezwungen, zwingen konnten man Selenskyj sicherlich nicht, aber dass Herr Johnson da kein großes Interesse hatte und auch die USA nicht, es gab ja gleichzeitig das Ramstein-Treffen hier in Deutschland. Und da hat der amerikanische Verteidigungsminister sehr deutlich gesagt, also, ja, wir wollen eigentlich mit diesem Krieg, und das heißt mit einem langen Krieg, Russland weiterhin schwächen. Und das war ein Strategiewechsel. Zunächst einmal war man von westlicher Seite eigentlich interessiert an einem Friedensschluss. Man war es dann auf einmal nicht mehr, weil man das Gefühl hatte, die Ukraine kann auch militärisch hier diesen Krieg sehr lange auch weiterführen, auch durchstehen. Es ist aber spekulativ. Ich will ja gar nicht sagen, dass ich Beweise dafür habe. Niemand hat Beweise. Es ist damals so berichtet worden, auch in einer großen ukrainischen Zeitung übrigens.

Kuhn: Deswegen lassen Sie uns mal kurz über die Sicherheitsgarantierensprechen, weil es ist ja interessant. Sie sagen ja, Sie sind eine Friedenspartei. Jetzt war auf dieser Liste von den Garantiemächten, die es unterschreiben sollen, auch Deutschland. Das würde ja heißen, für den Frieden jetzt riskiert man, dass man später vielleicht Soldaten in die Ukraine schicken muss, wenn dieser Vertrag verletzt wird. Das hätte es ja de facto bedeutet oder dass man bei der Einrichtung einer Flugverbotszone helfen hätte müssen. Was würden Sie sagen? Jetzt nehmen wir einmal an, wir kommen wieder in die Situation, ob Bundeskanzler Scholz oder wer auch immer sagt, ja, das möchte ich nicht alleine entscheiden, wir stimmen über genau das, was damals auf dem Tisch lag, ab. Wie würden Sie abstimmen? Weil es ist ja tatsächlich so, es würde bedeuten für den Frieden jetzt geht Deutschland ein militärisches Risiko später ein.

Wagenknecht: Nein, weil wenn man die Gründe des Krieges beseitigt, besteht ja nicht die akute Gefahr, dass er wieder ausbricht. Also es gab ja Gründe dafür. Also die rechtfertigen den Krieg nicht.

Deutschlandfunk

Ein Programm von Deutschlandradio

Raderberggürtel 40

50968 Köln

Fragen und Anmerkungen an: hoererservice@deutschlandradio.de

Kuhn: Sie glauben, dass Putin de facto sich mit jeder Form von Frieden abfinden würde oder mit so einer Form von Frieden?

Wagenknecht: Mit jeder Form von Frieden, also ich wünsche mir, und das ist eigentlich das, worum es jetzt geht, dass man da, wo man damals aufgehört hat zu verhandeln, wieder ins Gespräch kommt, und das, was noch strittig war, zum Beispiel auch das Vetorecht Russlands, gibt es eins oder nicht, das dann noch einmal in Verhandlungen klärt. Und während man verhandelt, wäre es gut, wenn die Waffen schweigen und wenn eben die jetzige Frontlinie dann erst mal die Linie ist, an der eben die Truppen stehen. Alles andere ist unrealistisch.

Kuhn: Am Ende wollte ich Ihnen noch einmal eine Frage stellen zum Thema Außenpolitik grundsätzlich, zum Thema Werte. Damit meine ich jetzt nicht die Werte, die Frau Baerbock vielleicht vertritt oder Herr Scholz, sondern grundsätzlich. Es gibt ja diese Schule der Realisten, John Mearsheimer, den Sie auch gerne zitieren, Stephen Walt oder vielleicht noch Robert Kaplan mit Abstrichen, die sagen: ja, wir leben in einer Welt von Interessen. Und da geht es immer darum, die Machtbalance in irgendeiner Form zu verändern. Deswegen sollten man eben seine Außenpolitik nicht nach Werten, sondern nach Interessen ausrichten. Wie sehen Sie das?

Wagenknecht: Also ich glaube, dass die wertebasierte Außenpolitik, wie sie Frau Baerbock vertritt, zutiefst unehrlich ist, weil es ist eine Doppelmoral. Also zum einen bin ich auch der Meinung, wenn man einen Krieg beenden kann und ihn aus hehrer Moral nicht beendet, dann ist das zutiefst amoralisch, weil es sterben ja Menschen. Und die, die darüber entscheiden, sind nicht die, die dort kämpfen müssen. Die werden in der Regel nicht gefragt. Also die Moral ist ohnehin eine haltlose Moral. Also ich meine, bis heute ist es so, die USA besetzen zum Beispiel Teile der syrischen Ölfelder. Das ist natürlich grobes Unrecht. Sie haben kein Recht dazu. Auch die Türkei besetzt Teile im Nordirak, auch in Syrien, in den Kurdengebieten, grobes Unrecht. Vieles auf dieser Welt ist grobes Unrecht. Die Frage ist ja wirklich, und das ist für mich eine akut drängende Frage im Atomzeitalter, wie verhindern wir, dass immer mehr Konflikte aufbrechen und militärisch eskalieren, weil das bedroht die Existenz der Menschheit auf diesem Planeten.

Kuhn: Was bedeutet das konkret für zum Beispiel das Verhältnis Deutschlands und Europas zu den USA und China, das ja auch immer konfliktbeladener wird? Sind Sie da für Äquidistanz oder wie kann ich mir das vorstellen?

Wagenknecht: Also sicherlich ist in vielen Punkten das US-System uns deutlich näher als das chinesische. Allerdings muss man auch da sagen, wenn man sich jetzt das Elend dieses Präsidentschaftswahlkampfes ansieht, und das Duell von Trump und Biden hat das ja ziemlich deutlich gezeigt, also die USA ist eine Supermacht im Niedergang, und das zeigt sich an ihrem Führungspersonal. Und Supermächte im Niedergang neigen dazu, Konflikte zu eskalieren, und oft in der Geschichte hat das zu Krieg geführt. Hier müssen wir eindeutig unsere Interessen sehen als Europäer, weil wenn zum Beispiel ein Krieg mit Russland eskaliert, dann würde er in Europa ausgetragen. Dann würde Europa in Schutt und Asche gelegt, nicht die USA. Also ich finde schon, dass wir hier sehr deutlich unsere Interessen sehen müssen, und unser Interesse ist, mit diesem großen Nachbarn, den wir da im Osten haben, und der eine riesige Atommacht ist, in Frieden zu leben. Und wirtschaftlich ist China zum Beispiel für uns natürlich ein ganz wichtiger Partner. Und dieser Wirtschaftskrieg, den wir jetzt auch mit China aufgrund der Initiative der USA führen, der schädigt die europäische Wirtschaft, die deutsche Wirtschaft viel, viel mehr als die amerikanische. Und da müssen wir schon sehen, welche Interessen dahinterstehen. Auch die USA macht ja Interessenpolitik. Die macht ja nicht moralische Politik.

Kuhn: Vielen Dank für das Gespräch, Frau Wagenknecht.

Wagenknecht: Sehr gerne.